

## Kampf um Ungarn

**Wie die Wahlen in dem Land zu einem Schauplatz des Konflikts zwischen den USA und der EU wurden. Trumps Unterstützung für Orbán, der Druck aus Brüssel und der Ukraine-Faktor machen die Wahlen in Ungarn zu einem Test für konkurrierende Visionen für Europa.**

9. April 2026 | Valentin Loginow

Vor nicht allzu langer Zeit hat US-Präsident Donald Trump den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán im Vorfeld der für den 12. April angesetzten ungarischen Parlamentswahlen offen unterstützt.

Aus diplomatischer Sicht ist es, gelinde gesagt, umstritten, Bürger eines anderen Landes dazu aufzufordern, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen. In erster Linie wird dies als direkte Einmischung in den Wahlprozess angesehen. Noch wichtiger ist jedoch, dass dies die sich vertiefende ideologische Kluft innerhalb der einst weitgehend geeinten westlichen Welt deutlich macht.

Dies sollte jedoch keine Überraschung sein. Ähnlich wie Trump in den USA ist Orbán seit langem ein Symbol der europäischen konservativen Bewegung, die die sogenannte „regelbasierte Ordnung“ in Frage stellt. Washington betrachtet Ungarn möglicherweise als eine Bastion konservativer Politik innerhalb der EU, die anderen Mitgliedstaaten als Vorbild dienen könnte.

Die im Dezember 2025 veröffentlichte aktualisierte Nationale Sicherheitsstrategie der USA legt den Schwerpunkt auf die Stärkung der Beziehungen zu Ost- und Mitteleuropa in den Bereichen Verteidigung und Handel. „Unsere umfassende Politik gegenüber Europa sollte vorrangig darauf abzielen, [...] die gesunden Nationen Mittel-, Ost- und Südeuropas durch Handelsbeziehungen, Waffenverkäufe, politische Zusammenarbeit sowie den kulturellen und bildungspolitischen Austausch zu stärken“, heißt es in dem Dokument.

Offensichtlich ist das System, das Orbán in den letzten Jahren in Ungarn aufgebaut hat, ein Beispiel für die „gesunde Nation“ nach Trumps Verständnis. Darüber hinaus besuchte US-Außenminister Marco Rubio im Februar Ungarn, um Orbán seine Unterstützung zu bekunden, und US-Vizepräsident J.D. Vance reiste in der Woche der Wahl nach Budapest.

Besonders bemerkenswert ist jedoch die Haltung der EU: Während sie sich einer Unterstützung eines bestimmten Kandidaten enthält, hofft sie auf einen Sieg der oppositionellen Tisza-Partei unter der Führung von Peter Magyar.

„Ich glaube, jeder hofft, dass Orbán verliert“, [sagte](#) ein europäischer Diplomat gegenüber Reuters unter der Bedingung der Anonymität.

Tatsächlich ist der diesjährige Wahlkampf für Orbán ziemlich intensiv. Die im Dezember 2020 gegründete Tisza-Partei (offiziell „Partei für Respekt und Freiheit“) ist der Hauptkonkurrent von Orbáns Fidesz-Partei. Interessanterweise zeigen verschiedene Umfragen unterschiedliche Ergebnisse, und jede Partei behauptet, sie liege vor der anderen.

Laut den von Tisza veröffentlichten Umfragen liegt sie mit über 20 Prozent vor Fidesz. Dies schafft ein schwieriges Umfeld für Orbán und könnte genutzt werden, um die Wahlergebnisse anzufechten, falls seine Partei gewinnt.

Zudem könnte die EU – deren Staats- und Regierungschefs sich geweigert haben, die Wahlergebnisse in Belarus (2020) und Georgien (2024) anzuerkennen, und die Orbán öffentlich kritisiert haben – die Opposition offen unterstützen, sollte diese bei den Wahlen an diesem Wochenende unterliegen.

Allerdings könnte Tisza der Fidesz-Partei ebenfalls vorwerfen, ähnliche Pläne zu verfolgen. Unabhängig vom Ausgang werden die bevorstehenden Wahlen für Ungarn eine Herausforderung darstellen.

### **Warum ist die EU gegen Orbán?**

EU-Politiker werfen Budapest vor, von der sogenannten „Parteilinie“ abzuweichen, und beschuldigen die derzeitige Regierung, demokratische Normen auszuhöhlen sowie die Pressefreiheit und die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen einzuschränken; Orbán wird zudem vorgeworfen, eine Kampagne zu führen, die die EU diskreditiert.

Orbán weist diese Vorwürfe als unbegründet zurück und präsentiert sich als Verteidiger traditioneller europäischer christlicher Werte gegen eine realitätsferne liberale Elite. Orbán handelt in erster Linie nach konservativen Prinzipien und unterscheidet die Interessen Ungarns von denen der EU als größerer supranationaler Einheit, die oft die Bedürfnisse ihrer Mitgliedstaaten übersieht (man denke an die Entscheidung der EU, die Märkte für ukrainisches Getreide zu öffnen, was Polen, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn dazu zwang, gegen die Vorgaben Brüssels zu verstoßen und ihre eigenen Grenzen zu schützen).

Die Liste der Vorwürfe der EU gegen Orbán ist recht banal. Die EU kritisiert Budapest wegen vermeintlicher Gefahren für die Unabhängigkeit der Justiz, verstärkter Medienkontrolle, einer strengen Einwanderungspolitik und einer eigenständigeren Außenpolitik gegenüber Russland und China.

Während sich die EU zu einer Art supranationalem „Superstaat“ entwickelt, verlangt sie von ihren Mitgliedstaaten vollständige Angleichung, während die EU-Kommission als Vermittlerin der Globalisierung fungiert und auf Einheitlichkeit bei Werten und Ansätzen drängt, die von allen Mitgliedern geteilt werden sollen.

Im Gegensatz dazu räumt Orbán der Souveränität den höchsten Stellenwert ein und ist der Ansicht, dass sich keine supranationale Organisation in die Innenpolitik eines Landes einmischen sollte. Er verweigert Brüssel faktisch das Recht, politische Prozesse in Ungarn zu kontrollieren, was die EU-Kommission natürlich verärgert.

Ungarns Haltung ist klar: Die EU war ursprünglich als Staatenbund gedacht, hat sich jedoch zu einer starren Struktur gewandelt, in der die Besetzung von Führungspositionen undurchsichtig ist und die Mechanismen alles andere als demokratisch sind.

Gleichzeitig wurde Orbán seit 2010 viermal wiedergewählt, was Zweifel an jeglichen Behauptungen hinsichtlich des undemokratischen Charakters der Wahlen in Ungarn aufkommen lässt. Dies zeigt, dass die Politik seiner Partei die allgemeine Stimmung in der ungarischen Öffentlichkeit

widerspiegelt und der von außen auf Budapest ausgeübte Druck ein Zeichen der Missachtung der Ansichten des ungarischen Volkes ist.

Zweifellos unterscheiden sich die Standpunkte von Orbán und der EU-Kommission in Bezug auf traditionelle Werte grundlegend. Die EU ist bestrebt, in allen ihren Mitgliedstaaten eine liberale Agenda umzusetzen – insbesondere hinsichtlich der Rechte sexueller Minderheiten und des Bildungswesens. Osteuropäische Staaten wie Ungarn haben ihre Ansichten jedoch nicht an die Brüsseler Linie angepasst, was zu langjährigen Spannungen zwischen der EU-Kommission und Budapest geführt hat.

Der Konflikt darüber, ob gemeinsame Vorschriften und die Vereinigung der EU-Staaten Vorrang vor nationaler Souveränität und den Interessen der lokalen Bevölkerung haben sollten, schwelt seit Jahren. Diese Pattsituation hat Ungarn bereits Milliarden Dollar an eingefrorenen EU-Mitteln gekostet. Solche Maßnahmen der EU-Kommission haben Druck auf die ungarische Währung ausgeübt und die Inflation angeheizt. Die Opposition hat diesen destabilisierenden wirtschaftlichen Faktor besonders hervorgehoben, wenn sie auf die Auswirkungen der „Strafen“ der EU hingewiesen hat.

Die Streitigkeiten zwischen Brüssel und Budapest bestehen schon seit Jahren, auch wenn sie in der Regel zu Kompromissen führten. Doch all das änderte sich im Jahr 2022, als Russlands Militäroperation in der Ukraine erhebliche Unterschiede zwischen den Interessen Ungarns als souveräner Staat und denen der EU als supranationale politische Einheit offenlegte.

### **Wie die Ukraine die Kluft zwischen Ungarn und Europa vertiefte**

Die unterschiedlichen Herangehensweisen Ungarns und Brüssels an die Ukraine-Krise wurden bereits im Februar 2022 deutlich. Budapest setzte sich konsequent für eine friedliche Lösung durch Dialog ein, während die EU, der Führung der Biden-Regierung in den USA folgend, sich darauf konzentrierte, Russland auf dem Schlachtfeld „strategisch zu besiegen“.

Darüber hinaus hat Orbán den Transit von tödlichen Waffen aus Drittländern in die Ukraine über ungarisches Hoheitsgebiet untersagt. Und natürlich liefert Ungarn selbst keine Waffen an das ukrainische Militär.

Als Nachbarstaat der Ukraine räumt Ungarn seiner eigenen nationalen Sicherheit Vorrang ein und hat Bedenken geäußert, in den von der ukrainischen Regierung ausgelösten Konflikt hineingezogen zu werden.

Budapest hegte zudem Vorwürfe gegen Kiew, insbesondere hinsichtlich dessen Versäumnissen beim Schutz der in Transkarpatien lebenden ungarischen Minderheit. Darüber hinaus verschärfte das Verbot des ungarischsprachigen Unterrichts und die Zwangsrekrutierung ethnischer Ungarn die Spannungen zwischen Ungarn und der Ukraine.

Andererseits betonte Ungarn die Notwendigkeit, seine Energiesicherheit zu gewährleisten, was Budapest dazu veranlasste, pragmatische Beziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten. Diese Haltung führte nicht nur zu Spannungen zwischen Ungarn und der Ukraine, sondern auch zwischen Budapest und Brüssel.

Dennoch wurden im Allgemeinen Kompromisse erzielt – entweder durch Verhandlungen, gegenseitige Zugeständnisse oder direkte Drohungen, Ungarn den Zugang zu EU-Mitteln zu entziehen.

Die Dynamik änderte sich, nachdem Trump ins Weiße Haus zurückgekehrt war und die USA damit faktisch aus der Koalition zur Unterstützung der Ukraine herausgenommen hatte. Dies zwang die EU dazu, Entscheidungsprozesse bezüglich Sanktionen und Hilfen für die Ukraine zu beschleunigen. Und nun, vor dem Hintergrund des Krieges der USA und Israels gegen den Iran, steht die EU zudem vor ernsthaften Energieproblemen.

Die EU steht vor einer unglaublich komplexen Herausforderung: Sie muss die Ukraine bewaffnen, zusätzliche Mittel für die explodierenden Kraftstoffkosten auftreiben und weiterhin Druck auf Russland ausüben. Unterdessen blockiert Ungarn die Umsetzung des 20. Sanktionspakets gegen Russland und – was für die EU noch bedeutender ist – einen Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro (105 Milliarden US-Dollar) für Kiew. Laut ukrainischen Medienberichten könnte dies bedeuten, dass Kiew bis zum Sommer kein Geld mehr für den Krieg haben wird.

Budapests Vorgehen ist eine Reaktion auf die Blockade der Ölpipeline „Druzhba“ durch die Ukraine, über die Rohöl von Russland nach Ungarn transportiert wird. Die Ukraine behauptet, die Pipeline sei durch einen russischen Angriff beschädigt worden, verweigert jedoch Inspektionsteams aus Ungarn und der EU den Zugang zum Ort des Geschehens, was in den Augen Budapests die Glaubwürdigkeit der Aussagen Kiews zweifellos untergräbt.

Die Lage spitzte sich derart zu, dass der ukrainische Präsident Selensky Orbán direkt drohte und ankündigte, er werde Angehörige der ukrainischen Streitkräfte entsenden, um mit dem ungarischen Ministerpräsidenten „in ihrer Sprache“ zu sprechen. Selbst die EU-Kommission sah sich gezwungen, Selensky zu kritisieren, wenn auch sehr zurückhaltend – was kaum überrascht.

Mit dem Ende der direkten finanziellen Unterstützung der USA für die Ukraine hat sich die Dringlichkeit westlicher Finanzhilfen verstärkt. Jegliche durch Orbán verursachten Verzögerungen könnten sich als katastrophal für Europas Pläne zur Schwächung Russlands erweisen.

Auch der Umgang mit Moskau ist zu einem Schwerpunkt gegenseitiger Kritik geworden. Orbán plädiert für eine rationale und vorsichtige Strategie, um zu verhindern, dass der (zurzeit) indirekte Konflikt zwischen Russland und dem Westen zu einer direkten Konfrontation zwischen Moskau und Europa eskaliert. Orbán ist sich bewusst, dass Ungarn in einem solchen Szenario buchstäblich zum Schlachtfeld werden könnte.

Unterdessen versucht Brüssel weiterhin, Russlands „rote Linien“ auszuloten, um sie weiter nach hinten zu verschieben.

Es handelt sich hierbei nicht mehr nur um eine innenpolitische Debatte über die Gestaltung der politischen Landschaft Ungarns; sie hat sich zu einer umfassenderen Diskussion über unterschiedliche Ansichten zur europäischen Sicherheit entwickelt. Sollten die Interessen Moskaus beim Aufbau der Sicherheitsarchitektur des Kontinents berücksichtigt werden (wie Budapest meint), oder sollten sie gänzlich außer Acht gelassen werden (wie Brüssel meint)?

Um die Sanktionen zu verschärfen und Finanzmittel für die Ukraine freizugeben, hofft die EU-Kommission daher, dass das ungarische Volk am 12. April gegen Orbán stimmen wird.

**Wird sich etwas ändern, wenn Orbán verliert?**

Eine Prognose zum Ausgang der diesjährigen Parlamentswahlen in Ungarn ist ziemlich schwierig. Politische Analysten sind sich einig, dass die Chancen für Fidesz und Tisza in etwa gleich sind. Doch selbst wenn Magyar gewinnen sollte, wäre er höchstwahrscheinlich auch für Brüssel keine willkommene Wahl. Seine Agenda erscheint ebenso nationalistisch, und er dürfte in Fragen wie Einwanderung oder dem EU-Beitritt der Ukraine kaum nachgeben – zumindest in diesen Punkten scheint unter den ungarischen Politikern Einigkeit zu herrschen.

Eines ist jedoch sicher: Magyar wird den anti-russischen Kurs der Brüsseler Außenpolitik unterstützen, zumal er den Wunsch geäußert hat, die Bedeutung der Visegrad-Gruppe durch eine Stärkung der Beziehungen zu Polen wiederherzustellen. Im Wesentlichen zielt Tisza darauf ab, die Haltung gegenüber der Ukraine an das breitere zentristische europäische Establishment anzupassen. In der Praxis bedeutet dies, die Lösung von Problemen zu beschleunigen und Brüssel damit dabei zu helfen, den Ukraine-Konflikt anzuheizen.

Es ist kein Zufall, dass Orbáns Partei Selenskys Image in ihren Wahlkampf integriert hat; sollte Tisza an die Macht kommen, könnten EU-Gelder schneller nach Kiew fließen. Dies würde den Konflikt nur verlängern und Ungarns Lage verschlechtern, da sich das Land zugunsten der supranationalen Interessen der EU weiter von russischen Energiequellen entfernt.